



Presseschau vom 19.01.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Moskau ermahnt die USA vor Neustart von Reagan's „Star Wars“**
Das russische Außenministerium hat am Freitag zu den Plänen des Pentagons im Bereich der Raketenabwehr Stellung genommen.

Wie aus einer Mitteilung des Außenamtes folgt, sei Moskau über den geplanten Ausbau der US-Raketenabwehr, darunter auch im Weltraum, besorgt. Dies könne zu einem Neustart von Reagan's „Star Wars“ führen.

„Besondere Besorgnis rufen jene Bestimmungen hervor, die Pläne zur Entwicklung des Weltraumsegments der US-Raketenabwehr betreffen. Neben der Vervollkommnung der auf einer Umlaufbahn zu stationierenden Messgeräte gibt der Bericht (das Dokument des Pentagons – Anm. d. Red.) faktisch grünes Licht für eine mögliche Stationierung von Angriffsmitteln der Raketenabwehr, die für das Abfangen von verschiedenen Flugkörperarten in der Anfangsphase des Fluges bestimmt sind“, hieß es.

Laut dem Ministerium wird die Umsetzung dieser Pläne den Grundstein zu einem Wettrüsten im Weltraum legen. Dies werde „negativste Folgen“ für die internationale Sicherheit nach sich ziehen.

„Wir möchten die US-Administration dazu aufrufen, sich zur Vernunft zu bekehren und auf diese verantwortungslosen Versuche zu verzichten, das unvergessliche ‚Star-Wars‘-Programm von Reagan auf einem neuen technologischeren Niveau neu zu starten“, so das Ministerium. Am Donnerstag hatte das US-Verteidigungsministerium eine Neufassung des Berichtes über

die Politik Washingtons im Bereich der Raketenabwehr vorgestellt. Demnach wollen die USA ihre Raketenabwehr in Alaska ausbauen.

„Es geht um den Bau von 20 neuen Bodenstationen zum Abfangen von Raketen“, kommentierte US-Präsident Donald Trump die Studie. „Sie werden in der Lage sein, Attacken mit Raketen beliebigen Typs abzuwehren“, sagte er.

Zudem plant das Pentagon, 2020 eine neue lenkbare Rakete vom Typ SM-3 zum Abfangen interkontinentaler ballistischer Raketen zu testen.

US-Vizepräsident Michael Pence hatte am 9. August 2018 im Pentagon im Auftrag von Präsident Trump die Errichtung der Weltraum-Streitmacht der USA bis zum Jahr 2020 angekündigt und vorläufige Pläne dafür vorgelegt. Donald Trump wies das Verteidigungsministerium im Juni offiziell an, den sechsten Zweig des US-Militärs im Weltraum zu errichten, um dort die amerikanische Dominanz sicherzustellen.

Die Strategic Defense Initiative (SDI) war eine von US-Präsident Ronald Reagan in einer angespannten Phase des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion ins Leben gerufene und am 23. März 1983 offiziell angeordnete Initiative zum Aufbau eines Abwehrschirms gegen Interkontinentalraketen. Eine alternative Bezeichnung des Programms war – in Anlehnung an den Science-Fiction-Film „Krieg der Sterne“ – „Star Wars“.

de.sputniknews.com: **Nord Stream: Gaslieferungen nach Europa auf Rekordhoch**

Im Jahr 2018 sind 58,8 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Russland durch die Nord Stream-Pipeline nach Europa geliefert worden. Dies sei die höchste Kennzahl seit deren Inbetriebnahme, teilte die Betreibergesellschaft Nord Stream AG am Freitag mit.

Demnach soll das jährliche Transportvolumen deutlich angestiegen sein.

Die Nord Stream AG habe seit der Inbetriebnahme des ersten Pipeline-Strangs im November 2011 und des zweiten Strangs im Oktober 2012 bis Ende 2018 sicher und unter Einhaltung der entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen die Lieferung von 264,1 Milliarden Kubikmetern Erdgas nach Europa sichergestellt, heißt es in der Mitteilung.

Zudem gewährleiste das Unternehmen die Integrität und Zuverlässigkeit des Pipeline-Systems, indem es ein modernes Wartungs- und Kontrollprogramm umsetze, das den höchsten industriellen Qualitätsstandards entspreche.

Zuvor hatte der deutsche Außenminister Heiko Maas erklärt, die Pipeline Nord Stream 2 könne auch durch US-Sanktionen nicht mehr gestoppt werden.

Die USA hatten sich immer wieder gegen den Bau von Nord Stream 2 ausgesprochen und gedroht, die europäischen Partnerunternehmen Russlands bei diesem und anderen Pipelineprojekten mit Sanktionen zu belegen. US-Präsident Donald Trump hatte nach Verhandlungen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin erklärt, die USA wollten mit Nord Stream 2 konkurrieren, indem sie Flüssiggas nach Europa liefern.

vormittags:

lug-info.com: **In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Donezkij und Shelobok
Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern.**

de.sputniknews.com: **Zwei Piloten nach Kampfjet-Kollision in Russland tot geborgen**

Nach der Kollision zweier russischer Kampfjets über dem Japanischen Meer haben die

Rettungskräfte zwei Piloten tot aufgefunden. Die Suchaktion geht weiter. Mehrere Stunden nach dem Zusammenstoß von zwei Jagdbombern des Typs Su-34 haben die russischen Rettungskräfte die Leichen von zwei Besatzungsmitgliedern aus dem Japanischen Meer geborgen. Dies teilte das Verteidigungsministerium in Moskau am Freitagabend mit. Zuvor bereits war ein Pilot lebend auf einer Rettungsinsel gefunden und gerettet worden. Die Suche nach dem vierten Flieger geht inzwischen weiter. Daran sind nach Angaben des Verteidigungsministeriums Flugzeuge, Hubschrauber und Schiffe beteiligt. Am Freitag herrschten in dem Gebiet heftiger Wind und bis zu vier Meter hoher Seegang. Die Su-34-Jagdbomber waren Freitagmorgen bei einem Übungsflug über dem Japanischen Meer zwischen der Insel Sachalin und dem Festland kollidiert. Die beiden Zwei-Mann-Besatzungen konnten ersten Erkenntnissen zufolge ihre Schleudersitze betätigen. Die Maschinen stürzten in den Tatarensund, der das Japanische Meer mit dem Ochotskischen Meer verbindet, rund 35 Kilometer von der Küste entfernt. Bei der Su-34 handelt es sich um einen zweisitzigen Jagdbomber aus der Produktion des Konzerns Suchoi, die noch zu Sowjetzeiten entwickelt wurde und seit 2014 bei der russischen Luftwaffe offiziell im Dienst steht. Russland hat die Maschinen dieses Typs seit 2015 gegen die Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS) in Syrien eingesetzt.

ukrinform.ua: Ukraine unterstützt deutsch-französische Beobachtermission im Asowschen Meer, lehnt aber russische Manipulationen ab – Klimkin

Russland darf keine Möglichkeiten für Manipulationen mit Beobachtern in der Straße von Kertsch bekommen.

Das sagte der Außenminister der Ukraine Pawlo Klimkin bei einer Pressekonferenz mit dem Bundesaußenminister Heiko Maas am Freitag in Kyjiw. Maas schlug in Kyjiw sowie am Freitag in Moskau die Entsendung der deutschen und französischen Beobachter an das Asowschen Meer vor.

Laut Klimkin seien Moskaus Versuche, Beobachter aus Deutschland und Frankreich in den Hafen von Kertsch auf der Krim zu locken und damit die Besetzung der Krim politisch zu legitimieren, für die Ukraine inakzeptabel. Das betreffe auch die Idee, den Besatzer um Erlaubnis zum Zugang zum besetzten Territorium zu bitten. Der Beobachtung solle eine klare politische Position über die rechtswidrige Usurpierung der souveränen Rechte der Ukraine durch Russland zugrunde liegen.

Klimkin betonte weiter, für die Ukraine sei bei Gesprächen über die Variante der Beobachtung prinzipiell, dass „sowohl in der Straße von Kertsch als auch im Asowschen Meer die Freiheit der Schifffahrt gemäß dem Völkerrecht gilt“.

Nach Worten von Klimkin vereinbarten er und Maas Konsultationen von Experten über rechtliche und technische Fragen. Der deutsche Außenminister habe der russischen Seite ein Außenministertreffen vorgeschlagen, aber für das solche Treffen müssen „entsprechende Voraussetzungen“ geschaffen werden, so Klimkin.

de.sputniknews.com: Krim antwortet auf Merkels Vorstoß zu Kertsch-Konflikt

Ein Besuch deutscher und französischer Fachleute, die sich einen Einblick in die Situation um die Straße von Kertsch verschaffen könnten, würde bestätigen, dass alle internationalen Schifffahrtsnormen eingehalten werden, sagte der Vorsitzende des Komitees für zwischennationale Beziehungen des Krim-Parlaments, Juri Gempel, gegenüber Sputnik. Wie der russische Außenminister Sergej Lawrow am Donnerstag mitgeteilt hatte, schlug die deutsche Kanzlerin Angela Merkel dem russischen Präsidenten Wladimir Putin beim jüngsten G20-Treffen vor, deutsche und französische Fachleute in den Raum der Straße von Kertsch zu entsenden. Der russische Staatschef habe dem Vorschlag zugestimmt, aber der Besuch sei bis jetzt ausgeblieben. Laut Lawrow hat die deutsche Seite außerdem vorgeschlagen, die

genannte Reise in ein Dokument „einzupacken“, das mit der Ukraine abgestimmt werden sollte.

„Die Krim hat nichts zu verbergen. Wir sind offen, darunter auch in Bezug auf die Situation um die Straße von Kertsch. Der von Angela Merkel unterbreitete Vorschlag ist durchaus vernünftig und richtig, falls die deutsche und die französische Seite bereit sind, einen konstruktiven Dialog zu führen und all dem, was in der Straße von Kertsch vor sich geht, eine unvoreingenommene Einschätzung zu geben. Ein Besuch solcher Fachleute würde nur beweisen, dass Russland alle internationalen Normen und Regeln für die Schifffahrt einhält“, so Gempel.

Ihm zufolge könnten auch ukrainische Experten die Straße von Kertsch besuchen. Es gebe aber keine Gewissheit hinsichtlich ihrer Unvoreingenommenheit und Unparteilichkeit, wenn man die feindliche und unangemessene Einstellung der Behörden in Kiew gegenüber der Krim in Betracht ziehe.

„Wir haben uns schon mehrmals davon überzeugt, dass der Präsident der Ukraine und sein Team nicht auf einen konstruktiven Prozess eingestellt sind“, betonte Gempel.

Der Abgeordnete äußerte zugleich die Zuversicht, dass Pragmatismus und der Wunsch, einen positiven Dialog aufzubauen, in nächster Zeit in den russisch-deutschen Beziehungen die Oberhand gewinnen werden.

Drei Schiffe der ukrainischen Marine hatten am 25. November 2018 Russlands Staatsgrenze überquert und dadurch gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen verstoßen. Die Schiffe liefen in das zeitweilig gesperrte Gebiet der russischen Hoheitsgewässer ein, führten dort stundenlang gefährliche Manöver aus und widersetzten sich allen Forderungen der russischen Küstenwache. Um die ukrainischen Schiffe aufzuhalten, musste der russische Grenzschutz Waffen einsetzen. Schließlich wurden die drei Boote 50 Kilometer südwestlich der Krim-Brücke festgesetzt, wo Schiffe die Straße von Kertsch üblicherweise passieren. Laut einer Mitteilung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB wurden dabei drei ukrainische Matrosen leicht verletzt. Diese seien jedoch medizinisch behandelt worden und ihr Leben sei außer Gefahr, hieß es. Gegen die Festgenommenen wurde ein Strafverfahren wegen Grenzverletzung eingeleitet.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 18. Januar 3:00 bis 19. Januar 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 19.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse. Es handelt sich ausschließlich um Beschüsse mit Schusswaffen mit einem Kaliber unter 12,7mm; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Oserjanowka, Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Shabitschewo, Leninskoje, Sachanka, Kominternowo.

Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 532.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 154.

Ab 01:01 am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten

Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: **Kirchenspaltung: Orthodoxe in Westeuropa lehnen Forderung von Konstantinopel ab**

Das Erzbistum der russisch-orthodoxen Kirchen in Westeuropa hat es abgelehnt, sich unter die Verwaltungshoheit des in Istanbul residierenden ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel zu begeben. Dies teilte der Rat des Erzbistums (Exarchats) am Freitag in Paris mit.

Laut dieser Mitteilung waren zahlreiche Priester und Diakone des Erzbistums in den letzten Tagen vom griechischen Metropoliten des Landes, in dem sie wohnen, abgeschrieben und angewiesen worden, „dem Klerus der griechischen Metropolen beizutreten“ und „ihren eigenen Erzbischof nicht mehr zu kommenerieren“.

Die Vorsteher der russisch-orthodoxen Kirchen in Westeuropa betrachteten dies jedoch als eine rechtswidrige Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten.

Ende November war bekannt geworden, dass das Patriarchat von Konstantinopel beschlossen hatte, den patriarchalen und synodalen Tomos des 19. Juni 1999 zurückzuziehen, der dem Erzbistum den Rang eines patriarchalen Exarchats verliehen hatte. Damals hatte auch die Ukrainisch-Orthodoxen Kirche ihre Kontakte zu Konstantinopel abgebrochen und kommuniziert nicht mehr mit ihm.

Das Patriarchat von Konstantinopel ist mit Vorwürfen konfrontiert, einen Weg der Spaltung beschritten zu haben. Patriarch Bartholomäus von Konstantinopel mit Sitz in Istanbul hatte am 5. Januar einen Erlass signiert, der die Eigenständigkeit der neuen „Kirche“ der Ukraine festlegen soll. Die Zeremonie erlebten der ukrainische Präsident Petro Poroschenko mit seiner Ehefrau Marina sowie mehrere ukrainische hochrangige Beamte mit.

Kritiker werfen Poroschenko vor, die Spaltung der orthodoxen Kirche in der Ukraine voranzutreiben, um vor der Präsidentenwahl, bei der er um seine Wiederwahl bangen muss, politisch zu punkten.

Russlands Präsident Wladimir Putin bezeichnete die Zuerkennung der Autokephalie an die ukrainische ‚neue Kirche‘ als einen Versuch, die Splittergemeinden in der Ukraine zu legitimieren, was seines Erachtens eine grobe Verletzung der orthodoxen Kanone sei.

nachmittags:

Dnr-online.ru: **In einer Sendung von Radio Krim kommentierte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin eine Reihe aktueller Fragen.**

Der Besuch Puschilins auf der Krim zum 365. Jahrestags des Rats von Perejaslaw war von einer Reihe für die LVR und DVR bedeutsamen Ereignissen begleitet – der Unterzeichnung von Vereinbarungen zwischen den Parlamenten, den ersten dieser Art zwischen den Republiken des Donbass und Subjekten der RF.

„Wozu ist das nötig? In erster Linie ist das eine Zusammenarbeit bei der Gesetzgebungstätigkeit, eine Zusammenarbeit in Parlamentskomitees. Dies sind kulturell-historische Verbindungen. Eine praktische Komponente in der Zusammenarbeit zwischen den Republiken und der Krim.

Für ist ist die Integration des Donbass mit der RF grundlegend und solche Verbindungen zwischen den Parlament sind mehr als angebracht. Außerdem wurden Partnerschaftsabkommen zwischen Makejewka und Kertsch und zwischen Lugansk und Jalta

unterzeichnet. Das sind nicht die ersten derartigen Abkommen. Dies ist eine fortgesetzte Kette. ...“, sagte der Republikoberhaupt.

Auf die Frage, was dies den Einwohnern außer der politischen Komponente bringt, sagte Denis Puschilin: „Dies ermutigt, es ist eine moralische Unterstützung. Es erfolgt ein Austausch zwischen Kollektiven, kulturelle Vereinigungen arbeiten zusammen – aus verschiedenen Städten kommen Delegierte. Die Zusammenarbeit auf der Ebene der Gewerkschaften ist entwickelt. Es gibt einen ganzen Komplex von Komponenten, die die Partnerstädte einander näher bringen. Dennoch hat für die Republik hier nicht die humanitäre Hilfe Priorität, sondern eine gegenseitig nützliche Zusammenarbeit. Es waren sehr schwere Jahre 2014-2015, als die Hilfe aus Russland lebensnotwendig, kritisch notwendig war. Jetzt gehen wir zur nächsten Etappe über. Der Donbass war nie ein Unterhaltsempfänger und ich versichere Ihnen, er wird es nicht sein. Wir brauchen die Möglichkeit zu arbeiten. Es gibt Begrenzungen aufgrund der fehlenden Anerkennung, aufgrund verschiedener Schwierigkeiten mit Dokumenten, Zertifikaten usw., das heißt mit dem Absatz unserer Produkte. Unsere Produkte sind tatsächlich konkurrenzfähig, nachgefragt. Im Bereich der Logistik gibt es Schwierigkeiten. Bei einer Zusammenarbeit, bei Integrationsprozessen betrachten wir natürlich Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit. Insbesondere ist die Krim jetzt im Bereich des Transits interessiert. Von Kohle, wenn man Momente konkretisiert. Es gibt eine Reihe gegenseitig nützlicher Projekte – die Krim baut jetzt, das ist erfreulich“.

Hier kann es zu einer gesunden Konkurrenz bei Baumaterialien kommen. „Zement z. B.. Die Zementfabriken, die es bei uns gibt, befinden sich relativ nah bei der Krim. In diesem Bereich arbeiten wir teilweise schon. Und die Arbeit wird sich verstärken. Und eine Reihe im globalen Sinne weniger bedeutsame kommerzielle Projekte, aber auch sie gibt es, sie werden auch auf der Ebene der Zusammenarbeit von Städten verstärkt und zwischen den Republiken im ganzen“, sagte er.

„Der Donbass war immer eine Region mit einem großen Potential. Selbst das, was es jetzt in den Republiken gibt, ohne die Industrie jenseits der Abgrenzungslinie zu berücksichtigen – Maschinenbau, Metall- und Chemieindustrie. Dies ist eine sehr ernsthafte Ressource. Die Landwirtschaft. Die Frage liegt darin, die Situation unter Bedingungen der fehlenden Anerkennung, in der wir uns derzeit befinden, zu systematisieren. Das ist jetzt die grundlegende Aufgabe. Ich bin überzeugt: wenn wir unsere Produkte absetzen können, auf den äußeren Markt kommen, werden wir nicht nur uns selbst versorgen, sondern wir können auch anderen Regionen helfen. Derzeit gibt es natürlich nicht diesen Umsatz, um von Selbstversorgung reden zu können. Das Logistiksystem ist schwierig, es erlaubt es nicht im notwendigen Maß, dass unsere Produkte auf dem äußeren Markt konkurrenzfähig sind. Aber bei gleichen Bedingungen ist unsere Produktion im ganzen attraktiv“, sagte der Republikoberhaupt.

Puschilin kommentierte weiter die Frage nach der Notwendigkeit der OSZE-Mission im Donbass sowie den Wunsch der ukrainischen Seite, auf jedem Weg die Weltgemeinschaft davon zu überzeugen, dass Friedenstruppen auf dem Territorium der LDVR stationiert werden müssen.

„Dies ist ein Bürgerkrieg. Anders kann man das Geschehen kaum einordnen. Im inneren eines ehemaligen einheitlichen Staates gibt es aus verschiedenen Gründen einen Konflikt. Für uns die Ursache absolut klar – wir sind nicht mit dem Staatsstreich einverstanden, der in Kiew erfolgt, nicht einverstanden mit der Regierung, die im Jahr 2014 an die Macht gekommen ist. Heute gibt es auf dem Territorium der LDVR Beobachter und das ist besser, als wenn es sie nicht gäbe. Hier liegt die Frage darin, dass ihre Aktivitäten durch das Mandat beschränkt sind. Tatsächlich haben wir viele Beschwerden gegen ihre Arbeit, aber dennoch bringt sie Nutzen. Sie sind notwendig. Ich kann das auch als ehemaliger Teilnehmer der Minsker Verhandlungen und als Republikoberhaupt sagen. Warum? Erinnern wir uns an das Jahr 2014, als die Situation chaotisch war. Man hat uns offen vernichtet, schwere Artillerie gegen Stadtzentren

verwendet, die Luftwaffe verwendet. Und darüber wurde geschwiegen. Darüber sprachen nur russische und unsere Medien. Der Westen sagte dazu nichts. Jetzt wird jedem OSZE-Bericht Aufmerksamkeit geschenkt und selbst ihr zweideutiges und vorsichtiges Festhalten dieses oder jenes Beschlusses führt zu einer gewissen Resonanz.

Die Idee bezüglich der Friedenstruppen, die an der Abgrenzungslinie stationiert werden könnten – das ist ein Versuch der Ukraine, uns mit fremden Kräften einzunehmen. Unter Ägide einer Friedensmission wollte die Ukraine uns besetzen. Russland erklärte sich mit der Stationierung von Friedenstruppen an der Abgrenzungslinie nur in dem Fall einverstanden, wenn das endgültige Ziel eine Beendigung der Kriegshandlungen ist, und hat einen Resolutionsentwurf in die UNO eingebracht, wo deutlich die Stationierungsorte der Friedenstruppen und ihre Funktion festgeschrieben wurden: Bewachungsfunktionen für die OSZE-Beobachtermission. All dies muss in Abstimmung mit den Republiken erfolgen. Dies hat die Ukraine natürlich nicht zufriedengestellt“, sagte Denis Puschilin.

ukrinform.ua: **Facebook will Einmischung in ukrainische Wahlen verhindern**

Facebook wird im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen die politische Werbung in der Ukraine aus dem Ausland verbieten. Außerdem wird das soziale Netzwerk die Regeleinhaltung strenger kontrollieren.

Das antwortete das Unternehmen auf eine Anfrage des eigenen Korrespondenten von Ukrinform in New York. Facebook verfüge über notwendige Instrumente, um zu bestimmen, welche Aktivitäten und Anzeigen aus dem Ausland stammen, heißt es. Wie groß die Gefahr der Wahleinmischung in der Ukraine ist, wollte Facebook nicht kommentieren.

Die neuen Regeln werden in der Ukraine ab 1. Februar 2019 eingeführt. Die Präsidentschaftswahlen finden im Land im März 2019 statt.

Zuvor kündigte Facebook eine Verschärfung der Regeln für politische Werbung vor den Wahlen in der Ukraine, Indien oder Nigeria, sowie in der EU vor der anstehenden Europawahl an.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_11/thumb_files/630_360_1542468603-538.jpg

de.sputniknews.com: **Ganz in Volksnähe: Poroschenko rüstet sich für Präsidentschaftswahl**

Der ukrainische Landesvater Petro Poroschenko hat sich im Umkreis von Dorfjugendlichen

fotografieren lassen und damit für zwiespältige Reaktionen im Netz gesorgt.

Der Präsident postete die Aufnahme auf Facebook und schrieb, er sei auf dem Weg nach Berditschew Teenagern begegnet, die Eishockey spielten. „Ich ließ mich hinreißen und drückte ihnen die Hand. Fixe Jungs, sie schwärmen für den Sport!“

Die Meinungen der Nutzer teilten sich. Die einen billigten das Verhalten des Präsidenten und merkten an, die Jungs würden dieses Treffen ihr ganzes Leben lang in Erinnerung behalten. Andere waren über den krassen Unterschied zwischen dem teuer gekleideten Politiker und den Schülern befremdet, die Filzstiefel anhatten und mit selbstgebastelten Schlägern hantierten.

„Hoffentlich wird er endlich kapieren, dass es an der Zeit ist, das Land wiederaufzubauen. An den Jugendlichen ist der Zustand der Wirtschaft abzulesen. Manche spielen sogar ohne Schlittschuhe“, schrieb ein Nutzer.

Eine weitere Meldung: „Man schreibt das 21. Jahrhundert, und wir leben immer noch irgendwo im Jahr 1950, müssen alte Klamotten tragen und in bitterer Armut dahinvegetieren. Na so was!“

Wie das Nachrichtenportal Strana.ua berichtet, hat der Blogger Jewgeni Tschernjak das Treffen des Präsidenten mit den Jugendlichen kommentiert. „Ukrainische Kinder. Eishockey wird gespielt. Aus Schaufeln und Stäben zusammengezimmerter Schläger. Keine Schlittschuhe. Die Ukraine, das ist Europa“, so Tschernjak.

Dnr-online.ru: Interview der offiziellen Seite der DVR mit dem stellvertretenden Kommandeur des operativen Kommandos der DVR Oberst Eduard Basurin

Basurin kommentierte den Grad der Bereitschaft der Truppen der Armee der DVR im Falle eines Angriffs der Ukraine.

„Während der gesamten Zeit der militärischen Aggression der Ukraine, so scheint es mir, hat die Zivilbevölkerung noch kein einziges Mal an den Kräften unserer Verteidiger, alle Versuche der Ukraine auf unser Territorium einzufallen und es zu besetzen abzuwehren, gezweifelt.

Wir sind auf jede Provokation vorbereitet. Außerdem werden die Pläne, die der Gegner gegen uns hat, uns bekannt und wir arbeiten entsprechend an der Korrektur der Verteidigungsmaßnahmen. Wir vervollkommen unsere militärische Ausbildung. Selbst die, wenn die militärischen Provokationen von Seiten der Ukraine breit angelegt sein werden, sind wir bereit abzuwehren und den Feind zu zerschlagen“, erklärte Basurin.

Eduard Basurin kommentierte auch die Erklärung des Außenministers der Ukraine Pawel Klimkin über eine Vereinbarung der ukrainischen Seite mit der OSZE-Mission über die Stationierung von Friedenstruppen im Donbass. Außerdem äußerte er seine Meinung bezüglich der Pläne der Ukraine, wieder den Kriegszustand auf ihrem Territorium auszurufen. „Eine solcher Vorschlag existiert. Es gibt eine Reihe bestätigender Fakten, darunter offizielle Erklärungen z. B. des Außenministers der Ukraine Pawel Klimkin sowie Veröffentlichungen einer Reihe ukrainischer Medien über eine sogenannte Säuberung, die auf unserem Territorium durchgeführt werden wird und vieles andere. All dies ist das Interesse der Personen, die sich jetzt an der Regierung befinden und sich mit allen Mitteln bemühen, das Wahldatum zu verschieben.

Wenn wir über die OSZE reden, so muss man sagen, dass die Ukraine ein recht raffiniertes Spiel spielt: Klimkin erklärt schon lange die Notwendigkeit der Stationierung von Friedenstruppen entlang der Kontaktlinie und weil die einzige internationale Organisation, die sich unter Bedingungen der normannischen Vereinbarungen bei uns befinden kann, die OSZE ist, zieht das offizielle Kiew sie schrittweise in sein Spiel hinein. Deshalb war Saidik (der besondere Vertreter der OSZE in der Kontaktgruppe in Minsk) gezwungen zu antworten: Sie lügen, es gibt keinerlei Vereinbarungen“, merkte Basurin an.

Außerdem äußerte sich Eduard Basurin zur Vergrößerung der Zahl und der Intensität der

Beschüsse des Territoriums der Republik durch die ukrainischen Truppen.

„Wenn man sich an den Verlauf aller vorangehenden Waffenstillstände erinnert, die vereinbart wurden, hat die ukrainische Seite keinen einzigen eingehalten. Wir stellen eine Zunahme der Verwendung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen von Seiten der Ukraine fest, darunter Mörser des Kalibers 120mm und Panzer.

Ursache der schrittweisen Eskalation des Konflikts könnten die bevorstehenden Wahlen in der Ukraine sein. Die Pläne der ukrainischen Truppen, auf militärischem Weg über unseres Territorium zur Grenze mit der RF vorzudringen, sind uns bekannt, alle Gegenmaßnahmen haben wir ergriffen. Dennoch können wir die Beschüsse der Ortschaften und von sozial wichtigen Objekten, wie etwa Filterstationen, deren Beschuss unausweichlich zu einer Katastrophe für Millionen von Bürgern führen kann, nicht vermeiden“, sagte Basurin.

de.sputniknews.com: **Russland ist arm? Sacharowa stellt Rosnano-Chef schwierige Frage**

Ist Russland ein armes Land? Das hat zumindest der Chef des Nanotechnologiekonzerns Rosnano und prominente russische Politiker Anatoli Tschubais vor Kurzem behauptet. Die Sprecherin des Außenministeriums in Moskau, Maria Sacharowa, ist da offenbar einer anderen Meinung.

„Russland ist ein armes Land, der Großteil der Bevölkerung lebt arm oder sehr arm“, hatte Tschubais zuvor gesagt.

Sacharowa widersprach dem Rosnano-Chef auf ihrer Facebook-Seite:

„1) Russland ist ein äußerst reiches Land. 2) Warum der Großteil der Bevölkerung „arm oder sehr arm lebt“, danach möchte ich die Person fragen, die Jahrzehnte lang Regierungsmitglied und Top-Manager in Schlüssel-Bereichen der russischen Wirtschaft und Industrie war.“ Sie erwarte von Tschubais nun eine Antwort.

Zuvor hatte Tschubais den russischen Bürgern mangelnde Energieeffizienz vorgeworfen und für eine soziale Stromverbrauch-Obergrenze von 300 Kilowatt pro Familie plädierte. Dabei sollten laut dem Politiker reichere Familien, die mehr Strom verbrauchen, mehr Geld zahlen. Tschubais sorgt mit seinen Äußerungen nicht zum ersten Mal für Aufsehen. Im vergangenen Dezember hatte er seinen Landsleuten Undankbarkeit gegenüber den Oligarchen vorgeworfen: Diese hätten das Land nämlich wiederaufgebaut.

Im November 1991 war Tschubais zum Vorsitzenden des Staatlichen Komitees der Russischen Föderation für die Verwaltung des Staatsvermögens ernannt worden. In dieser Funktion erarbeitete er gemeinsam mit dem damaligen Ministerpräsidenten Jegor Gaidar ein Privatisierungsprogramm. Im Zuge dieser Privatisierung ging der Großteil des staatlichen Eigentums Russlands in die Hände privater Personen über, was die Entwicklung der Unternehmerschaft und des freien Markts förderte.

Wie eine Befragung des Meinungsforschungsunternehmens WZIOM ergab, hatten im Jahr 1991 43 Prozent der Russen geglaubt, dass die Privatisierung die Verteilung des Geldes im Lande gerechter machen würde. Doch Kritiker der damaligen Wirtschaftsreformen verweisen darauf, dass sich das Kapital stattdessen in den Händen einzelner Unternehmer konzentrierte und sich die Spaltung der Gesellschaft vertiefte.

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 19.01.2019

Der Gegner hat die **Zahl und die Intensität der Beschüsse des Territoriums der Republik vergrößert**, dabei haben die Fälle zugenommen, wo von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen verwendet werden.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **19 Mal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von **acht Ortschaften der Republik beschossen**.

In Richtung Gorlowka haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrechers Drapatyj das Gebiet von **Oserjanowka** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk wurden von den Positionen der 57. Panzergrenadierbrigade aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Mischantschuk **Shabitschow und das Gebiet des Donezker Flughafens** mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm beschossen und insgesamt zehn Mörsergeschosse abgeschossen. Außerdem wurde mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen geschossen.

Gesondert geht ich auf die **Richtung Mariupol** ein, wo die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch mit Panzern und Mörsern des Kalibers 120 und 82mm das Gebiet von **Leninskoje** beschossen haben und dabei 35 Panzergeschosse, 24 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und acht Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen. Außerdem hat der Gegner aktiv verschiedene Arten von Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen verwendet. Außerdem wurden **Kominternowo und Sachanka** mit Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

Informationen über Opfer unter der friedlichen Bevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die ukrainischen Kämpfer **behindern weiter die Arbeit der OSZE-Mission** im Donbass. So wurden nach unseren Informationen am 15. Januar an alle Najew unterstellten Brigaden Anweisungen erteilt, Mittel der elektronischen Kriegsführung zu verwenden, um die Leitungskanäle der Drohnen der Mission zu unterdrücken. Ziel dieser Handlungen ist es, nicht zuzulassen, dass die OSZE-Beobachter von den Minsker Vereinbarungen verbotene ukrainische Waffen an der Kontaktlinie entdecken.

Die **Blockade der Drohnen der OSZE** kommt auch in den offiziellen Berichten der Mission zu Ausdruck. Im Verantwortungsbereich der 58. Panzergrenadier-, der 72. und 93. mechanisierten Brigade in den Gebieten von Konstantinowka, Sarja, Tschasow Jar und Artjomowsk sind mobile Gruppen der elektronischen Kriegsführung des Gegners aktiv, die mit Komplexen des Typs „Bukowel-AD“ ausgerüstet sind, mit deren Hilfe die ukrainischen Kämpfer zielgerichtet die Arbeit der OSZE-Mission behindern.

Die Kämpfer der 93. Brigade versuchen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den von ihnen begangenen Verbrechen abzulenken. Auf Anweisung ihres Anführers Klotschkow beschuldigen sie die Volksmiliz der Verwendung von Kampfdrohnen.

Ich erinnere daran, dass wir mehrfach erklärt haben, dass **in den Reihen der ukrainischen Kämpfer ihre Kollegen aus der terroristischen Organisation IS kämpfen**, die eine sehr große Erfahrung bei der Verwendung von Kampfdrohnen gegen die Regierungstruppen und die friedliche Bevölkerung in Syrien haben. Ihre Erfahrung teilen die internationalen Terroristen gern mit ihren Waffenbrüdern, den Kämpfern der ukrainischen bewaffneten Formationen. Die Anwesenheit von IS-Mitgliedern bestätigen auch westliche Massenmedien, die schwer der Verbreitung von, wie man in der Ukraine sagt, „Propaganda des Kreml“ zu beschuldigen sind.

Es ist bemerkenswert, dass die ukrainischen Kämpfer in ihrem Versuch sich zu rechtfertigen, keine besonderen Gedanken machen, sie nehmen Texte, in denen sie der Verwendung von Kampfdrohnen beschuldigt werden, und geben genau entsprechende Erklärungen ab.

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und **bleibt angespannt**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Von den Positionen der Einheiten der 10. Gebirgssturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch die Gebiete von **Donezkij und Shelobok** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Das Kommando der OOS demonstriert weiter offen seine Missachtung der Minsker Vereinbarungen bezüglich des Abzugs schwerer Waffen von der Kontaktlinie.

So werden nördlich von Trjochisbjenko mit Einheiten der 10. Gebirgssturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte Übungen mit T-64-Panzern, Antipanzergeschützen MT-12 „Rapira“ und 120mm-Mörsern durchgeführt. Wenn man berücksichtigt, dass das Gebiet, in der diese sogenannten Übungen durchgeführt werden, sich in einem Abstand von weniger als fünf km von der Kontaktlinie befindet, können solche Handlungen der ukrainischen Streitkräfte eine weitere Eskalation des Konflikts nach sich ziehen.

Die militärisch-politische Führung der Ukraine unternimmt Maßnahmen zur Beeinflussung der Bevölkerung des besetzten Territorien des Donbass.

Gestern hat Poroschenko zum Zweck der totalen Kontrolle und Unterdrückung Andersdenkender im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen einen Erlass über die Schaffung einer militärisch-zivilen Verwaltung in Stschastje unterzeichnet und so die Organe der örtlichen Selbstverwaltung beseitigt und die gesamte Macht in den Händen des Kommandeurs der OOS Najew konzentriert.

Seit heute erhalten die Besatzer der ukrainischen Streitkräfte die volle Kontrolle über das Territorium von Stschastje und werden sich auf gesetzlicher Grundlage Objekte der zivilen Infrastruktur aneignen und Gesetzlosigkeit betreiben.

Bei den für den 22. bis 25. Januar geplanten gemeinsamen Übungen der Zivilschutzministerien der LVR und der DVR zur Liquidierung humanitärer Katastrophen und Notsituationen, die das Leben der Bevölkerung der Republik gefährden, die mit Unterstützung der militärischen Einrichtungen stattfinden, wird die Volksmiliz der LVR die Zusammenarbeit und die Unterstützung mit materiellen und personellen Ressourcen beim gemeinsamen Wiederaufbau der Lebenserhaltungsobjekte und der Objekte der zivilen Infrastruktur organisieren.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen und die Verpflichtungen zur friedlichen Regelung des Konflikts genau ein. Dennoch behalten wir uns im Fall einer militärischen Aggression von Seiten des Gegners das Recht vor, operativ mit Gegenmaßnahmen zu reagieren und eine adäquate Antwort zu geben.